

UMFRAGE

WIRTSCHAFT ODER KLIMA RETTEN?

Die finanziellen Impulse seitens der Regierung in Österreich aber auch global heben den Optimismus, dass die Folgen der Corona-Krise glimpflich ausfallen können. Doch gelingt der Wirtschaftsaufschwung nur auf Kosten der Natur oder schaffen wir beides?

TEXT: SABINE MÜLLER-HOFSTETTER / ALEXANDER PEER

Wir dürfen uns nicht täuschen: Die Covid-19-Pandemie ist sehr gefährlich, schafft enorme Probleme und erfordert energische Schutzmaßnahmen. Aber noch viel gefährlicher und vor allem irreversibel ist der Klimawandel, und gegen den helfen weder Impfungen noch Medikamente. Auch hier müssen wir handeln“, sagte Margit Fischer anlässlich des Klimavolksbegehrens, das die ehemalige First Lady gemeinsam mit ihrer Vorgängerin Margot Klestil-Löffler und Doris Schmidauer, der Gattin des aktuellen Bundespräsidenten, unterzeichnet hat. „Auch künftige Generationen haben ein Recht auf einen lebenswerten Planeten. Die Bewältigung der globalen Klimakrise fordert den vollen Einsatz von uns allen“, sagte die Ehefrau von Alexander Van der Bellen.

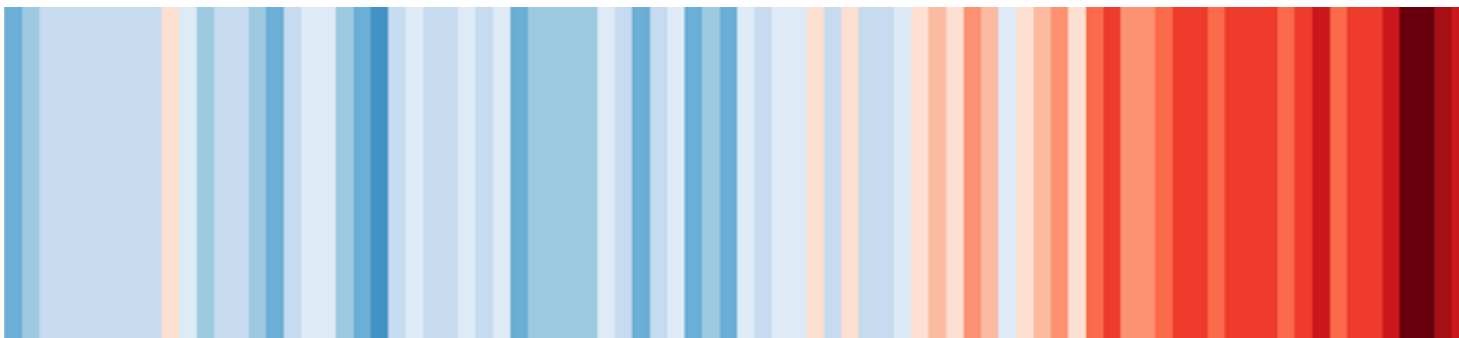
Das Klimavolksbegehren ist mit zahlreichen Unterstützungserklärungen in die Eintragungswoche vom 22. bis 29. Juni gestartet, die verpflichtende Behandlung der Forderungen im Parlament hat das Begehren ohnehin schon längst erreicht. Wichtig ist, dass den Worten auch Taten folgen, denn seit Wochen dreht sich alles um das Corona-Virus und die daraus resultierende Wirtschaftskrise. Viele befürchten, dass der Klimaschutz dabei auf der Strecke bleiben könnte.

Optimistisch zeigt sich Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb jüngst in einem ZiB-Interview. Maßnahmen für die Wirtschaft und den Klimaschutz könnten hervorragend zusammenpassen: „Es könnte genau das sein, was wir brauchen. Und es könnte sogar dazu führen, dass der Klimaschutz schneller vor sich geht als ursprünglich gedacht. Weil viele Veränderungen jetzt sowieso stattfinden müssen und weil der Staat jetzt wirklich Druckmittel und Möglichkeiten in der Hand hat, die er vorher nicht hatte. Früher hat es geheißen, der Staat soll nicht eingreifen, jetzt ruft jeder danach. Da könnte der Staat natürlich seine Bedingungen diktieren. Die Bedingungen wären langfristig natürlich Klimaschutz und eine Veränderung der Wirtschaft in Richtung auf eine nachhaltigere Form, in Richtung strukturelle Veränderungen, die tatsächlich auch zukunftsfähig sind. Es wäre jetzt der richtige Zeitpunkt, steuernd einzugreifen.“

Worum es dabei geht? Kromp-Kolb liefert die Antwort mit einem augenscheinlichen Vergleich: „Das was jetzt passiert ist Krisenmanagement, und das ist was völlig anderes als ein gezielter struktureller Ausstieg aus Treibhausgasemissionen. Man kann es damit vergleichen, jemandem das Schwimmen zu lernen oder jemanden vor dem Ertrinken zu retten –

das sind völlig andere Methoden. Klimaschutz geht anders. Es braucht strukturelle Maßnahmen, sodass es selbstverständlich wird, klimaschonend zu arbeiten, sowohl für die Wirtschaft als auch für den Einzelnen. Es muss das Klimafreundlichere das Einfachere und das Billigere sein. Das geht nicht mit zeitlich begrenzten Maßnahmen.“ Die oft zitierten zwei Milliarden in der Relation zum insgesamt 50 Milliarden schweren Hilfspaket zur Bewältigung der Corona-Krise wären jedenfalls eindeutig zu wenig. „Umgekehrt wäre es besser“, schmunzelte Kromp-Kolb, denn mit den Klimaschutzmaßnahmen werden ja zugleich auch Investitionen gefördert und Arbeitsplätze geschaffen: „Man kann mit Klimaschutzmaßnahmen auch konjunkturelle Maßnahmen setzen.“

Zeit ist Geld: Eine aktuelle Studie – mit dem bezeichnenden Namen „Coin – Cost of Inaction“ – des Wegener Centers für Klima und globalen Wandel an der TU Graz berechnet die volkswirtschaftlichen Folgekosten des Klimawandels. Fazit der Studie: Die derzeit vorherrschende Bindung (Lock-in) an fossile Energieträger, Technologien und Strukturen kostet rund 15 Milliarden Euro – jährlich. Durch fossile Importe entstehen Wertschöpfungsverluste in Höhe von rund acht Mil-



Globale Erderwärmung sichtbar gemacht:
Jeder Streifen in dieser Grafik steht für ein Jahr im Zeitraum von 1850 bis 2019. Die Farbe visualisiert die jeweilige Abweichung der weltweiten Durchschnittstemperatur nach unten (blau) oder oben (rot)

liarden Euro, umweltschädliche Förderungen belasten das öffentliche Budget mit rund vier Milliarden Euro jährlich, Klimawandelanpassung schlägt mit rund einer Milliarde Euro zu Buche, wetter- und klimawandelbedingte Schäden liegen bei zumindest zwei Milliarden Euro im Jahresdurchschnitt.

„Die Studie ist ganz sicher kein Anlass zur Freude“, meinte Bundesministerin Leonore Gewessler: „Sie ist vielmehr ein Handlungsaufruf für uns als Bundesregierung.“ Die Zeit der Corona-Krise müsse man für eine Zäsur nützen, um die begonnenen Klimaschutzmaßnahmen jetzt im Zuge der Konjunkturpakete auszuweiten.

Wo werden die Klimamilliarden investiert?
Insgesamt stehen 2,14 Milliarden Euro in den nächsten zwei Jahren für Investitionen in den Klimaschutz zur Verfügung, wie Umweltministerin Leonore Gewessler Mitte Juni bekannt gab. Ein Großteil geht in den Ausbau der Öffis (540 Millionen Euro). Der größte Brocken ist für eine Sanierungsoffensive vorgesehen, die neben der thermischen Sanierung eine Wärmestrategie enthält, das heißt eine starke Kopplung an erneuerbare Energien vorsieht. Das Förderangebot soll deutlich ausgeweitet werden. Wie Gewessler betont, handelt es sich bei den 750 Millionen Euro um frisches Geld, also zusätzliche Mittel, die zur Verfügung stehen.

a3BAU hat die in jüngster Zeit bekannt gewordenen, für die Baubranche relevanten Initiativen, die Wirtschaft und Klima retten sollen, zusammengetragen und aufgelistet:



Sanierungsoffensive

750 Millionen Euro sind für thermische Sanierung und den Umstieg auf saubere Heizungen reserviert. Zur Sanierungsoffensive wurde bislang wenig Konkretes bekannt. Nur soviel: „Wir werden die Sanierungsoffensive zusätzlich vereinfachen, indem wir rechtliche Barrieren im Wohn- und Mietrecht aus dem Weg räumen und weitere steuerliche Anreize für entsprechende Investitionen in Zukunft schaffen werden“, heißt es aus dem BMK.

Der Umstieg von umweltschädlichen fossilen Heizungen wie Ölheizungen auf neue, saubere Alternativen im Jahr 2020 wird mit 100 Millionen Euro gefördert. Dabei soll ein besonderer Schwerpunkt auf energiearme Haushalte gelegt werden, um jene besonders zu unterstützen, die sich einen Heizungstausch schwer leisten können.

Eine Sanierungsoffensive hätte auch wesentliche Beschäftigungseffekte. Zukunftsinvestitionen in einen klimafitten Wohnbau und umweltschonende Infrastruktur sind ein nachhaltiger Weg aus der Corona-Krise, heißt es dazu auch bei der Initiative Umwelt +Bauen, die bereits Mitte Mai ihren „Marshall-Plan“ präsentierte. Darin wird vorgerechnet, dass eine Milliarde Euro Zukunftsinvestitionen in den klimafitten Wohnbau 2,5 Milliarden Euro an Staatseinnahmen sowie 136.000 Arbeitsplätze auslösen. Durch Forcierung der thermischen Sanierung können insgesamt 60.000 umfassende und 200.000 Einzelbauteilsanierungen (inkl. Kesseltausch) erreicht werden.



Prämie für Ökoinvestitionen

Die Investitionsprämie steht für Wirtschaftsgüter zu, die zwischen dem 1. September 2020 und 28. Februar 2021 angeschafft werden. Die IP wird einen besonderen Fokus auf Klimaschutzinvestitionen legen: 14 Prozent der Investitionen in die Zukunft kommen in Form einer Steuergutschrift zurück zu den Unternehmen. Neben Digitalisierung und Gesundheitsinvestitionen werden Ökoinvestitionen ab September 2020 für ein halbes Jahr besonders gefördert.



Großes Paket für Schulbau und Sanierung

Die Bundesregierung hat mittlerweile ein Investitionspaket für die Erneuerung der Schulen angekündigt. 2,4 Milliarden Euro sollen bis 2030 in Neubauten, Zubauten und die Sanierung von 270 Schulen fließen. Das Paket soll die Schulen nicht nur ökologischer, moderner und digitaler machen, sondern nach der Corona-Krise auch die Konjunktur ankurbeln. Das entsprechende Schulentwicklungsprogramm hat bereits den Ministerrat passiert, das Geld soll in die Sanierung von AHS und berufsbildenden mittleren und höheren Bundesschulen (BMHS) fließen. Das Paket wird nun angesichts der Krise vorgezogen.



Mehr Energieeffizienz für Schulen

Auch Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) lobte die Pläne für die Ökologisierung der Schulen. Diese könnten „sich sehen lassen“, Vorgängerregierungen hätten hier gut gearbeitet. Österreichs Schulen sollen energieeffizienter gemacht werden, indem erneuerbare Energieformen und entsprechende, Umweltzeichen-zertifizierte Baustoffe zum Einsatz kommen. Es gehe dabei auch um gesundheitliche Kriterien, etwa bezüglich Raumluft und Lichteinsatz. Das Paket sei zudem eine „typische konjunkturpolitische Überlegung“. Solche Aussagen untermauern, dass zumindest in dem Bereich, in dem die öffentliche Hand Bauaufträge vergibt, die Errichtung von nachhaltigen Gebäuden schon bald die Regel und nicht mehr eine Ausnahme sein wird.



Erneuerbare Energien

Für den Ausbau der erneuerbaren Energien stehen in den kommenden zwei Jahren 250 Millionen Euro zur Verfügung. Im Juni hat der Klima- und Energiefonds das Jahresprogramm für 2020 beschlossen, für das 158 Millionen Euro zur Verfügung stehen – ein deutliches Plus von 57 Millionen Euro.

Die Photovoltaik-Förderung wird mit 13,7 Millionen Euro bedacht. Mit dem Start der österreichischen PV-Kleinanlagenförderung, eine Förderschiene des Klima- und Energiefonds, steht die gut handhabbare und breitenwirksame Förderschiene für PV-Anlagen bis fünf kWp wieder zur Verfügung. Die Fördermittel werden auf zehn Millionen Euro angehoben – mehr als das Doppelte vom letztjährigen Budget. Aufgrund der Corona-Krise und dem damit verschobenen Bundesbudgetbeschluss verzögerte sich der Förderstart.

20 Mit dem Ziel, bis 2030 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, erlebt auch das „1-Million-Photovoltaik-Dächer-Programm“ ein Revival. Dafür werden in den kommenden beiden Jahren zusätzliche 260 Millionen Euro bereitgestellt.



Begrünung als Job-Motor

Die Stadt Wien schreibt jetzt genau vor, wie eine Fassadenbegrünung auszusehen hat: Die Front eines Hauses ist zu mindestens zu einem Fünftel zu begrünen. Und sie ist grundsätzlich im Bauland – nicht nur in Wohngebieten, sondern auch in Industriegebieten – bei Gebäuden mit einer festgelegten Gebäudehöhe von über 7,5 Meter einzusetzen. Die neue Bestimmung wird in ganz Wien gelten. „Bauvorhaben wie klassische Einfamilienhäuser, Gartensiedlungen und Kleingartengebiete sind von dieser Bestimmung ausgenommen“, heißt es aus der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und Bürgerbeteiligung. Ziel sei es, die Bebauungsbestimmungen zur Fassadenbegrünung möglichst umfassend zur Anwendung kommen zu lassen. Dies sei am effizientesten bei Neubausprojekten möglich.

Erste Zahlen aus dem noch nicht veröffentlichten Green Market Report Austria zeigen, dass die heimische Branche der Bauwerksbegrünung mehr als 8.000 direkte und weitere 25.000 indirekt entstehende neue Arbeitsplätze schaffen könnte. Ein gezieltes Maßnahmenpaket würde gesundheits-, wirtschafts-, energie- und umweltpolitische Ziele vereinen und so zu einem dauerhaft wirksamen Job- und Konjunkturmotor werden.



Radpaket für Graz

Das nun beschlossene Radpaket in der Höhe von 100 Millionen Euro sei der „Beginn einer Verkehrswende“, sagte der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl. Bis 2030 soll das Radwegenetz in Graz von derzeit 120 um 200 zusätzliche Kilometer erweitert werden. Insgesamt rechnet Verkehrslandesrat Anton Lang mit insgesamt 180 Millionen, die in den Ausbau des Alltagsradnetzes in der Steiermark investiert werden.



Ökosozialer Klimakompass – klimafitte Gemeinden

In dem von der Regierung zugesagten 1-Milliarde-Euro-Corona-Hilfspaket für Gemeinden stehen 200 Millionen Euro für ökologische Maßnahmen zur Verfügung. „Das ist ein erster Schritt, um sowohl die Corona- als auch die Klimakrise in unseren Gemeinden zu finanzieren“, freuen sich Stephan Pernkopf, Präsident des Ökosozialen Forums und Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.

Mit vorausschauender Planung kann es jeder Gemeinde gelingen, sich auf die Herausforderungen des Klimawandels einzustellen und vorzubereiten. Der Ökosoziale Klimakompass zeigt anhand konkreter Beispiele, wie innovative Projekte umgesetzt wurden. Ganz nach dem Motto „Abschauen erlaubt – Nachmachen erwünscht!“



Förderung für Innovationslabor „Digital findet Stadt“

Mit „Digital findet Stadt“ werden österreichweit die relevantesten Branchenvertretungen und Initiativen aus den Bereichen Planen, Bauen und Betreiben zusammengebracht und miteinander vernetzt. Das Klimaschutzministerium fördert im Rahmen des Programms „Stadt der Zukunft“ das Innovationslabor „Digital findet Stadt“ mit 1,5 Millionen Euro. Dabei wird die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Bau- und Planungsunternehmen bei gleichzeitiger Erhöhung der Nachhaltigkeit verbessert. „Digitale Technologien und Anwendungen schaffen die einzigartige Möglichkeit, ressourcenschonender und energieeffizienter bei Neubauten und Gebäuden zu sein“, so Gewessler.

Wirtschaft oder Klima retten?

Was sagen Vertreter aus Bau, Planung und Wirtschaft zu den zwei zentralen Themen in der postcoronalen Herausforderung?

Unsere Fragen:

- 1. Können wir sowohl die Ökonomie als auch die Ökologie retten?**
- 2. Wie sieht der Herbst ganz konkret für die Unternehmen aus? Droht aufgrund des ausgefallenen Frühjahrs ein Engpass?**

Andreas Holler

GF Buwog Group GmbH

„Das eine darf das andere nicht ausschließen“



ad 1: Das eine darf das andere nicht ausschließen. Für viele Unternehmen – vor allem für kleinere Betriebe – ist es enorm wichtig, dass sie jetzt jede mögliche Unterstützung seitens des Staats erfahren. Umso mehr, da es dauern wird, bis sich die Wirtschaft nach der schrittweisen Aufhebung der Beschränkungen wieder erholt. Gleichzeitig wäre es aber fatal, unsere Ziele im Kampf gegen den Klimawandel über Bord zu werfen. Für die Buwog ist Nachhaltigkeit und Klimaschutz schon seit vielen Jahren ein zentrales Unternehmensziel. Nicht zuletzt sind wir unabhängig von Bauauflagen o. ä. als einziges Unternehmen der Immobilienbranche Mitglied des klimaaktiv pakt2020. Es ist uns aber wichtig, Nachhaltigkeit mit Leistbarkeit zu kombinieren, um unsere ökologischen Projekte für unsere Zielgruppen attraktiv zu gestalten. Eines unserer diesbezüglichen Vorreiterprojekte ist „ERnteLAA“ im 23. Bezirk. Die Vielzahl an umweltfreundlichen und nachhaltigen Maßnahmen umfasst den Bereich Energieeffizienz ebenso wie Dach- und Fassadenbegrünung, Urban Gardening-Flächen oder Mobilitätsangebote, von 400 Fahrradabstellplätzen bis zu Car-Sharing, Stromtankstellen und Wiener Linien-Jahreskarten.

ad 2: Die Corona-Krise ist natürlich auch an der Immobilienbranche nicht spurlos vorbeigegangen. Gerade der Bereich Wohnimmobilien hat sich aber als sehr stabil und krisensicher erwiesen: Es wird weiterhin nach Wohnungen gesucht, in Wohnraum investiert und Wohnbauprojekte werden wie gewohnt realisiert. Wir sehen hier keine grobe Veränderung des Marktumfeldes, weshalb wir auch dem restlichen Jahr sehr optimistisch entgegenblicken.

Anna Detzlhofer

DnD Landschaftsplanung ZT

„In Begleitmaßnahmen investieren“



ad 1: Der Klimawandel wird uns noch länger beschäftigen – und er wird sich so schnell nicht umkehren lassen. Die Forcierung von klimarelevanten Konjunkturprogrammen ist ein Gebot der Stunde. Wenn nicht jetzt, wann denn dann! Die möglichen Maßnahmen sind ja sehr breit gestreut und betreffen Kreislaufwirtschaft, Energieeffizienz aber auch Raum- und Landschaftsplanung sowie überregionale Strategien. Wichtig wäre es auch, in Begleitmaßnahmen wie Forschung, Monitoring, Ausbildung, Weiterbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerk und Bewusstseinsbildung zu investieren. Es wäre an der Zeit, die Umsetzung der baukulturellen Leitlinien des Bundes zu forcieren, insbesondere die „Leitlinie 5 – Nachhaltigkeitsprinzip anwenden und weiterentwickeln“ und die „Leitlinie 18 – Öffentliche Mittel für das Bauen und Erneuern an Qualitätskriterien binden“. Rezeptbücher sind ausreichend vorhanden, man muss sie nur zur Hand nehmen und danach handeln.

ad 2: Wir konnten im Lockdown noch Projekte abarbeiten, die am Laufen sind und bereits vorbereitet waren. In der Folge werden wir jedoch spüren, dass in dieser Phase wenig bis keine Entscheidungen getroffen wurden. Budgets für bereits entschiedene Wettbewerbe sind nicht mehr sicher, Projekte werden zurückgestellt. Es wird wahrscheinlich eine Talsohle geben, auch wenn uns die Bedeutung von verfügbaren Naherholungsräumen im Lockdown erst so richtig bewusst geworden ist.

Hemma Fasch

GF fasch&fuchs.architekten

„Wirtschaft im Sinne von Klimaschutz definieren“



ad 1: Es darf kein „Entweder-oder“ geben! Wir wollen auf diesem so schönen Planeten weiterhin leben können, weiterhin atmen, essen und trinken – ohne uns zu vergiften. Darum müssen Wirtschaft und Klimaschutz Hand in Hand gehen. Die letzten Wochen haben uns sehr eindringlich gezeigt, wie leicht der Mensch verletzbar ist und sein Schutz in der akuten Krisensituation über allen wirtschaftlichen Überlegungen stehen muss. Es gibt keinen Planeten B. Wir müssen energisch Klimaschutz fordern und die Wirtschaft in diesem Sinne definieren. Wirtschaft ist nicht zwanghaft mit Profitmaximierung, Lohndumping, Minimierung der Umweltauflagen verbunden. Wirtschaft könnte auch durch Nachhaltigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und Umweltschutz definiert sein. Das ist die Aufgabe von uns allen und dem Staat als dem dafür legitimierten Lenkungsinstrument.

ad 2: Der Blick auf die Bauwirtschaft und damit auch auf die vielen Planungsbüros ist ein sorgenvoller. Zwei Monate „Stillstand“ haben enorme Unsicherheiten bei privaten wie öffentlichen Auftraggebern hervorgerufen, die die kontinuierliche Entwicklung von Bauprojekten zumindest verschieben, wenn nicht verunmöglichen. Die von der Regierung gesetzten Maßnahmen wie die Investition in Bildungsbauten ist wichtig, aber in diesem Ausmaß ohnehin notwendig, um Unzulänglichkeiten veralteter Schulen wettzumachen und dringend benötigten, neuen Bildungsraum zu schaffen. Gerade jetzt müssen diese Investitionen verstärkt werden, um der Perspektivenlosigkeit der Jugend und auch einer absehbaren Flaute in diesem Sektor der Bauwirtschaft entgegenzuwirken.

Stefan Eisinger-Sewald

GF Kallco Development

„Leistungsdruck auf Projektentwickler hat sich erhöht“

ad 1: Kallco widmet sich seit jeher mit Erfolg den Themen „Leistbarer Wohnbau“ sowie Ressourcenschonung & Klimaneutralität. Genau zu diesen Themen hat meines Erachtens die Corona-Krise den Leistungsdruck auf Projektentwickler und Bauträger erhöht, womit besonders die Kommunen für die Bereitstellung von Grund und Boden und Fördermittel für sozialen Wohnbau gefordert sind. Im Übrigen ergeben sich nachhaltige Chancen für die Industrie und Bauwirtschaft und all den Innovationsträgern, die sich dem Klimaschutz verschrieben haben.

ad 2: Der Phasenplan der Wohnbauprojekte von Kallco wurde bislang durch die Corona-Krise nur bedingt beeinflusst. Der Baustopp war zum Glück nur kurz verordnet und die zeitweilige Beschränkung auf ausschließliche Home-Office-Aktivitäten haben geringfügige Verzögerungen im Fluss der Projekt-Pipeline in der Planung und etwas stärker wirksam im Vertrieb mit sich gebracht. Vorausschauend bedarf nun der Umstand der global unterbrochenen Produktions- und Lieferketten höchste Aufmerksamkeit, zumal daraus erzwungene Alternativen weder Projektdeadlines noch die von Kallco geforderten hohen Qualitäten negativ beeinflussen dürfen. Dieser Umstand bleibt – da durchwegs fremdbestimmt – bis auf weiteres hoch spannend.



Peter Koren

Vize-Generalsekretär Industriellenvereinigung

„Zusätzliche Belastungen unter dem Titel Klimaschutz vermeiden“

ad 1: Die finanziellen und politischen Anstrengungen, die aktuell betrieben werden, um die bevorstehende Covid-19-Rezession zu begrenzen, sollten jedenfalls gleichzeitig genutzt werden, um der Klimakrise zu begegnen, wo dies möglich ist. So werden etwa der Ausbau der Schieneninfrastruktur oder die deutliche Anhebung der Sanierungsquote im Wohnbau unzweifelhaft beide Krisen gleichzeitig adressieren. Es wird aber auch zahlreiche Branchen geben wie die Luftfahrt- oder Automobilindustrie, deren unmittelbarer Unternehmenszweck nicht allein der Klimaschutz ist und bei denen weitergehende Klimaforderungen zu Wettbewerbsverzerrungen gegenüber den ausländischen oder gar nichteuropäischen Wettbewerbern führen. Für all diese Branchen muss es ebenso gelten, sie bestmöglich durch die Krise zu begleiten, denn auch die Post-Covid-Welt wird weder auf Flugreisen noch auf den Individualverkehr verzichten. Wo immer also wirtschaftlicher Wiederaufbau und

Klimaschutz zusammen gedacht werden können, soll diese Verzahnung unzweifelhaft geschehen. Gleichzeitig aber kann die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nicht als Begründung für zusätzliche Belastungen der Unternehmen unter dem Titel Klimaschutz dienen.



ad 2: Projekte der Bauwirtschaft, insbesondere im Bereich der Infrastruktur, reagieren vermutlich weniger sensibel auf kurzfristige wirtschaftliche Einbrüche als andere Bereiche der Wirtschaft. Gerade die öffentlichen Hände wirken in diesem Bereich stabilisierend und sind Garanten einer aufrechten Nachfrage. Strukturell schwieriger gestalten sich nach wie vor juristische Herausforderungen in Genehmigungsprozessen. Auch wenn mit dem Standortentwicklungsgesetz für standortrelevante Projekte eine Verfahrenserleichterung erreicht werden konnte, sind hier weitere Schritte, etwa in einer umfassenderen Reform des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes (AVG), notwendig.

Mario Deuschl

GF wert.bau Errichtungs GmbH

„Derzeit sieht es nicht nach wesentlichen Verzögerungen aus“



ad 1: Unternehmerische Grundwerte wie soziale und ökologische Verantwortung, Nachhaltigkeit oder Transparenz werden aus meiner Sicht in Zukunft noch zentraler. Unser „all-in99“-Konzept ist zurzeit besonders gefragt, weil wir in der Lage sind, schnell und günstig leistbaren Wohnraum zu schaffen. wert.bau errichtet österreichweit standardisierte Wohnimmobilien auf Grundstücken, die nach dem österreichischen Baurechtsgesetz für 99 Jahre gepachtet werden. Durch die konzeptionell günstigen Gestehungskosten können die Wohnungen im Vergleich zu den ortsüblichen Marktmieten um bis zu 25 Prozent günstiger vermietet werden.

ad 2: Niemand weiß wirklich, wie es weitergeht. Jedenfalls müssen Unterscheidungen getroffen werden, weil die verschiedenen Segmente des Immobilienmarkts nicht alle über einen Kamm geschert werden dürfen. Bei den Projektentwicklungen und im Bau beobachten wir bis jetzt keine gravierenden Einschränkungen und derzeit sieht es bei den wert.bau-Vorhaben nicht nach wesentlichen Verzögerungen aus. Fakt ist, im Wohnimmobilienmarkt wird viel davon abhängen, wie sich die Einkommen in der Bevölkerung entwickeln.